

**Das
Lahnsteiner Tageblatt**
wird täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Preis pro Seite frei ins Haus
5,50 M., monatlich durch den
Briefträger frei ins Haus gebracht
monatlich 10 Pf. mehr.

Ausgabepreis: Im Kreise
St. Goarshausen die einzige
Kontrollstelle 40 Pf., Versteigerungen
und Bekanntmachungen
80 Pf., auswärtige Anzeigen
80 Pf., Reklame pro mm 20 Pf.
Zeitungszettel 20 Pf. Bei
größeren Anzeigen, sowie bei Wer-
berholungen entsprechender Rabatt.
Für die richtige Ausführung tele-
phonisch aufgegebener Anzeigen
wird die Verantwortung abgesetzt.
Seitensplittenden Interessenten
kommt der Rabatt in Wegfall

Lahnsteiner Tageblatt

Zeitung für den Kreis St. Goarshausen

Amtliches Kreisblatt

Einziges amtliches Verständigungsbüro
staatliche Behörden und Kaiser des Kreises.



Allgemeiner Anzeiger

Im Kreis St. Goarshausen bis
zum Abgang nach dem nächsten Samstag.

Abonnements und Anzeigen

werden entgegengenommen in
Oberlahnstein in der Geschäftsstelle
der Postfiliale 8, sowie bei den
Agenturen in Bruchsal, Oberwesel,
Lamp, Neffert, St. Goarshausen,
Land, Bachenhausen, Weisel, Bon-
nich, Niedern, Niederschleiden, Hohen-
hauzen, Neuwied.

Außerdem abonniert man bei stand-
lichen Postanstalten, sowie bei den
Stadt- und Landbriefstellagen.

Anzeigen
werden bis morgens 2 Uhr des
jeweiligen Erscheinungstages an-
genommen, größere Anzeigen bis
nachmittags 2 Uhr des vorher-
gehenden Tages.

Redaktionsschluß vormittags 2 Uhr

Arbeiter-Gewinnbeteiligung

Es ist ein alter Grundtag, daß durch allgemeine Erwartungen allein die Gangbarkeit von Reformvögeln nicht hinreichend erachtet werden kann. Erst die lebendige Praxis kann zeigen, ob und in welchem Maße die am Scheitertag herausgefundenen Gefahren und Nebeneffekte wirklich gegeben sind. Weitestens wird man dabei finden, daß andere, vorher nicht erkennbare Hindernisse eine viel wichtige Rolle spielen. Darauf ist es zu begrüßen, daß mit der so vielfach erwarteten Gewinnbeteiligung von Arbeitern und Angestellten ein erster, großzügiger Versuch gemacht wird.

Im vorigen Jahre wurde in Eisenach die „Erste Stahlwerksfabrik für Volkskleidung A. G.“ gegründet. Das Kapital der Gesellschaft besteht aus 3000 Industriekästen (Stammaktien) zu 1000,00 Mark und 1000 Namensaktien (Arbeiteraktien) zu je 200,00 Mark. Der Zweck der Gesellschaft ist im eigentlichen Sinne volkswirtschaftlich. An Stelle der teuren, knappen ausländischen Faserstoffe sollen aus heimischen Rohprodukten Spannstoffe erzeugt und der Versorgung des Volkes mit billigen Kleidungsstücken dientlich gemacht werden. Die Gründer der Gesellschaft haben sich mit einer Reihe von „Mahnurufen“ an die Öffentlichkeit gewandt, haben aber bisher nicht das nötige Verständnis gefunden. Der letzte „Mahnuruf“ vom April d. J. besagt besonders die Gleichgültigkeit der Handelskammern gegenüber den von jedem Standpunkt aus beachtlichen Gedanken. Die Gewinnbeteiligung der Arbeiter ist in der Eisenacher Aktiengesellschaft folgendermaßen gedacht: Die oben genannten „Arbeiteraktien“ zu je 200 Mark sollen von Angestellten und Arbeitern des Betriebes (oder auch anderer Betriebe) erworben werden. Diese Aktien genießen das gleiche Dividenden- und Stimmrecht wie die Stammaktien. Die Arbeitensäulen haben Anspruch auf mindestens einen Sitzen im Aufsichtsrat. Angestellte und Arbeiter erhalten außer ihrem Gehalt als Gewinnanteil auf ihr Jahreseinkommen den gleichen Prozentsatz, den die Aktionäre als Dividende beziehen. Endlich darf jeder Angestellte und Arbeiter seine Ersparnisse — bis zum Höchstbetrag des Jahreseinkommens — als bevorzugte Spareinlage bei der Gesellschaft mitarbeiten lassen. Diese Einlage wird zu dem Dividendenzahler des Aktien, mindestens aber zu 5 %, verzinst.

In der Tat ist hier eine Form gefunden, die sich von der laienhaften, selbstverständlichen Art anderer profitabler Versuche voneinander unterscheidet. Gegenüber solchen Plänen wie dem Eisenacher wurde bisher in erster Linie geteidet gemacht, daß die Erspartisse der Arbeiter vor jedem Risiko sichergestellt werden müßten. Die wendende Mitarbeit der Erspartisse in einer Gesellschaft bedeutet aber selbstverständlich ein echtes Risiko. Der erste „Mahnuruf“ der Eisenacher Gesellschaft empfiehlt daher die Schaffung eines Sicherheitsfonds für diese Sporeinlagen oder die Errichtung eines Pfandrechtes an bestimmten Teilen des Gesellschaftsvermögens.

Die „Mahnurufe“ der Gesellschaft scheuen sich nicht, die empfohlene Arbeiter-Gewinnbeteiligung als eine Versicherung gegen lebensgefährliche sozialistische Experimente hinzustellen. Sie verlangen vom Unternehmertum als Voraussetzung für eine erfolgreiche Durchsetzung dieses Weges nur guten Willen, Anerkennung der Gleichberechtigung und festen Glauben an den Erfolg. Sollte der Versuch gelingen, so wäre die unmittelbare Folge eine wirksame Sicherung des Arbeitsfriedens. Die in Arbeitnehmerkreisen herrschende Unkenntnis über die Rechnungslegung in den meisten Unternehmungen erzielten Riesen- und die erzielten Gewinne von Erwerbsgesellschaften haben abenteuerliche Vorstellungen über die angeblich gewinnt entstehen lassen. Die Gewinnbeteiligung der Arbeiter bedeutet natürlich zunächst nur eine neue Verteilung des Produktionsertrages. Da aber Unternehmer und Arbeiter gleich stark an erfolgreicher und sparsamer Produktion und an Erzielung eines großen Gewinns interessiert sind, werden alle an der Gesellschaft mitwirkenden Arbeitskräfte zu Energie und Sparsamkeit angeregt. Hiermit werden gerade die beiden Faktoren belebt, die für die Regierung unserer Wirtschaft von grundlegender Bedeutung sind. In der auswärtigen Wirtschaftspolitik hat die deutsche Regierung neue Formen zur Verstärkung gemeinsamer Wiederaufbauarbeit empfohlen. Nicht weniger tut es Not, auch in der inneren Wirtschaftspolitik neue Wege zu weisen, welche die bewährten Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung mit den nützlichen Elementen der sozialen Gemeinschaft in Einklang bringen.

Reichswirtschaftsrat und Reichstag über Spanien

Eine ernste Mahnung an das deutsche Volk
Vortrag auf Grund des Rheinlandabkommens freigelassen

Finis Polonise!

Polen die rote Brücke der sozialen Weltrevolution
Beginn der Wasserstillsstands-Verhandlungen am 30. Juli

Die Entschließung des Reichswirtschaftsrats

Der Reichswirtschaftsrat erkläre in dem Kohlenabkommen von Spanien, daß unter der von den Verbundsveterinen angedrohten Belagerung des Rückenrivers angenommen werden müsse, eine Belastung des deutschen Wirtschaftslebens, deren Folge unabsehbar sind. Wenn die durch das Abkommen bedingte verschärfte Kohlenknappheit nicht zu einer Katastrophe für Land und Volk führen soll, so muß sofort eine ungewöhnlich starke Steigerung der Kohlenproduktion eintreten. Sie hat eine Kraftanstrengung der Bergarbeiter zur Voraussetzung, die bei dem derzeitigen Ernährungsbehältnissen nicht geleistet werden kann. Das erforderliche Maß an Arbeitskraft, Arbeitsfreude und Arbeitsintensität macht die genaue Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse des Kohlenbergbaus zur dringendsten Notwendigkeit, damit die Bergarbeiter und Angestellten mehr als bisher zur freien Einsicht der Verhältnisse im Bergbau gelangen und zu mitverantwortlichen Trägern der noch gemeinschaftlichen Geschäftspunkten zu ordnenden Kohlenwirtschaft werden.

Zur Durchführung der eingegangenen Lieferungsverpflichtungen sind die nachstehenden Maßnahmen erforderlich:

Die Mehrabgabe von rund 900 000 Tonnen Kohlen monatlich kann nur durch erhöhte Förderung erzielt werden. Vorrückschlag wird Überarbeitung des Bergbaus unvermeidbar sein. Sie ist im Einverständnis mit den Bergarbeiterorganisationen zu regeln. Die Lebenshaltung der Bergarbeiter ist mit allen Mitteln zu heben. Die Erzeugungsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft ist momentan auch durch bessere Versorgung mit Düngemitteln zu steigern. Die Anlieferung in den Bergwerken ist unter Zurückstellung aller sonstigen nicht unbedingt notwendigen Bauten in verstärktem Maße zu betreiben mit dem Endzweck, daß in kürzester Frist das Versorger von Überschichten im Bergbau ganz oder teilweise aufgehören kann. Die Ausförderung der Kohlen in der Gas-, Wasser- und Elektroindustrie ist durch einfache Maßnahmen zu regeln. Voraussetzung hierzu ist die Erzeugungsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft, die lediglich noch wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Gesichtspunkten vorzunehmen ist. Die weitergehende Verwendung von Braunkohle ist durchzuführen. Die Betriebe müssen, wo angängig, hinauf umgestellt werden. Die weitere Ausnutzung der Wasserströmte ist unverzüglich in Angriff zu nehmen. Die Verkehrseinrichtungen zu Wasser und zu Lande sind der erhöhten Kohlenförderung anzupassen. Die Wärmewirtschaft ist in allen Betrieben vergleichbar und industrieller Art mit allen Mitteln zu fördern und zu heben. Die Industrien werden angehalten, auf dem Wege der Selbstverwaltung geeignete Einrichtungen zu schaffen. Zur Erfüllung der in Spa übernommenen Verpflichtung ist die während der Verhandlungen in Spa in Aussicht gestellte zweiteiligkeits Belieferung der deutschen Wirtschaftsgebiete mit über-schlesischer Kohle zu sichern. Es wird aufgrund der kommenden Verhandlungen in Genf sein, deren Vorausbereitung und Durchführung in enger Gemeinschaft mit dem Reichswirtschaftsrat geschehen müssen, die allgemeinen Wiedergutmachungsleistungen Deutschlands in die natürlich gegebene Beziehung in der deutschen Kohlenerzeugung zu bringen. Der Reichswirtschaftsrat ruft alle Kreise des deutschen Volkes auf, an der Erfüllung des von Deutschland unterzeichneten Abkommens von Spa sofortig mitzuwirken.

Dazu schreibt die R. 3. u. a. Was der Wirtschaftsrat gestern an den Schluß seiner Berichtsungen hingestellt hat, das ist das Urteil über die Wirtschaftslage in einem kritischen Wendepunkt der Entwicklung. Es ist das wirtschaftliche Aufheben, das versuchen soll, den unmöglich erscheinenden Fortdauerungen die Höchstleistungen des Erreichbaren entgegenzusetzen. Dieser Versuch soll wahrlich kein Blendwerk sein. Die Rücksicht des Führers des deutschen Wirtschaftslebens haben keinen Zweck darüber gelassen, daß die Maßnahmen und Arbeiten zur Durchführung der in Spa übernommenen Verbindlichkeiten mit der Mobilisierung aller Kräfte, zu deren Belieferung uns der erforderliche Elbegrenzraum gehalten ist und weiter freigemacht wird, bearbeitet werden sollen. Der Reichstag wird nun die Richtlinien gegeben, welche zu verarbeiten haben. Im Lande werden die Beschlüsse aber insofern wirksam wie ein wuchtiger Aufruf zum Ernst der Lage. Allen Schichten des wirtschaftlichen Volkes wird die Erkenntnis aufgehen, daß dieses Aufgebot die letzten Reserven restlos einstellt, daß es das letzte wirtschaftliche Aufgebot ist, das

Deutschland zu machen hat. Die Notwendigkeit der Selbstverteidigung wird und muß aus den ungeheuer erzeugenden, austauschenden und einteilenden Kräften des deutschen Wirtschaftslebens von ebendem das Zeug an Reaktivierung heranziehen.

Der Reichswirtschaftsrat hat nun die erste Probe aufs Exempel seiner Verpflichtung bestanden. Was er herangebracht hat, muß unter ganz schwierigen innern und äußeren Umständen geleistet werdenfrei und fest und mit der ganzen Schwere ihres Nachdrucks gehen die Kundgebungen von der Tribune in das Land, das die niedergelegten Beschlüsse als einen Ausdruck der kolletiven Weisheit aller berufenen Gruppen unseres Wirtschaftslebens nehmen wird, einer Weisheit, die sich zusammenfäßt aus gleich hoher Einsicht und Vaterlands-Liebe.

Deutscher Reichstag

wib. Berlin, 26. Juli 1926.

Präsident Scheidegger gedenkt der Abstimmungsergebnisse in Ost- und Westpreußen. Ein Stolz und Trost für uns! Wir können jetzt der Abstimmung in Österreich hinzugehen. Der erste Punkt der Tagesordnung (Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten) wird gemäß den Anträgen der Abge. Burckhardt (Btr.) und Müller (Sos.) durch Juras erledigt. Der bisherige Präsident und Vizepräsident werden wiedergewählt.

Reichsanzler Fehrenbach erläutert sodann Be-richt über Spanien und dankt dem Minister des Außen, Dr. Simon, für die geleistete Arbeit. Die Verhandlungen hätten sich nicht problematisch gleichen in Russland entschieden. Der erste Punkt der Tagesordnung (Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten) wird gemäß den Anträgen der Abge. Burckhardt (Btr.) und Müller (Sos.) durch Juras erledigt. Der bisherige Präsident und Vizepräsident werden wiedergewählt.

Reichsminister Dr. Simon vertritt zur Unterstützung seiner Ausführungen auf die vom Auswärtigen Amt herausgegebene Denkschrift, die namentlich zur Entwaffnungspflicht und zur Kohlenfrage genaue Unterlagen gibt. Der Friede entspricht weder den Wasserstillsstandsbedingungen noch dem Völkerrecht. Wir müssen warten, bis die Gegner eines Besseren belehrt werden. Bis dahin wollen wir uns bemühen, dem Friedensvertrag zu entsprechen. Die Alliierten werden den Einmarsch ins Ruhrgebiet als einen Sprung ins Dunkle mit sehr ungern geben haben. Über sie würden ihn trocken vorgenommen haben, wie mir Graf Storch selbst sagte. Was dann aber bei der einsetzenden Sabotage geschehen wäre, läßt sich nicht ausdenken! Es ist der Erfolg Millenarius, daß er dieses Befreiungsmittel nicht anzuwenden braucht. Ich bedaure, daß er uns zum Schluß wieder den Gruss verweigert hat. (Hört, hört!) Ich bedaure das umso mehr, als Deutschland und Frankreich bei der Ausführung des Friedensvertrages mehr als andere Länder aufeinander angewiesen sind. Ich freue mich jetzt, an dem Botschafter Laurent einen Mann zu Berlin bekommen zu haben, der die wirtschaftlichen Beziehungen zu Frankreich wieder aufzubauen will. Gegen eine französische Besoldtschaft in München habe er bereits protestiert, aber man habe den bayerischen Ministerpräsidenten wie Rietzel aus dem Busch überumpelt. Bayern wird natürlich keinen Besoldt nach Paris schicken. Was die Verhaftung Dr. Dorrons anbelangt, so habe er kein Verständnis für derartige eigenmächtige Handlungen einzelner Reichsstellen. Dr. Doron sei bereits wieder aus dem Gefängnis zurückgekehrt.

Was der Verhaftung Dr. Dorrons anbelangt, so habe er kein Verständnis für derartige eigenmächtige Handlungen einzelner Reichsstellen. Dr. Doron sei bereits wieder aus dem Gefängnis zurückgekehrt. Er und die übrigen ungarischen Kommunisten werden im Lager zurückbehalten, bis eine Entscheidung der deutschen Regierung erfolgt sein wird.

Ulster macht mobil. Das Hauptquartier der freiwilligen Truppen von Ulster in Irland gibt bekannt, daß Oberstleutnant Spender den Oberbefehl über die Ulstriterruppen übernommen hat und alle lokalen Männer aufgerufen, sich bei den zuständigen Bataillonen zu melden.

Jüdischer Vergeltungsfeldzug. Die Bergstämme der Bogris und Mahduds im Nordwesten von Britisch-Indien haben sich von neuem gegen die Engländer erhoben. Die Sagen der britisch-indischen Truppen wurden von den Stämmen niedergebrannt und die gefangen genommenen englischen Soldaten ermordet. Der jetzige Feldzug ist als Vergeltung gedacht, für die man den jetzigen Zeitpunkt als geeignet hält, da große Mengen englischer Truppen nach Melanesien abtransportiert sind. Auch unter den Hindus wird aufgefordert, in denen zum Aufstand aufzutreten wird. Die jüdische Regierung führt die Aufstände auf moslemisch-niederländische Propaganda zurück.

Strafenkämpfe in Damaskus. Schwere Unruhen ereigneten sich in Damaskus. Nach einer Sitzung des Ministerrats teilten die einzelnen Mitglieder des Kabinetts dem Emir Fessal ihren Entschluß mit, von der Regierung zurückzutreten. Später begab sich eine Abordnung von Revolutionären in den Palast des Emirs und forderte ihrerseits die Abberufung des Kabinetts, da er das Vertrauen des Landes verloren habe, andernfalls müsse der Emir selbst fallen. Dieser ließ jedoch die Abberufung ihrerseits die Abberufung des Kabinetts verhindern. Der Stadtbehörde schickte die Zitadelle und befreite die dort gefangen gehaltenen Abordnung. Vier Tage lang wurde dann zwischen den Revolutionären und den Anhängern des Emirs heftig gekämpft.

(Fortsetzung auf Seite 2).

• **Baden.** 1. Juli. Wie der „BdL. Bot-Anz.“ meldet, ist der auf Veranlassung des Reichsgerichts bestellte und ins unbesetzte Deutschland geschickte Richter, gestern abend auf Veranlassung der Reichsregierung wieder auf freien Fuß gesetzt worden. — Wie der „Mann“ meldet, hat die soje interpellierte Rheinlandkommission in Koblenz beschlossen, gegen die Verhaftung des Dr. Dorlen nach § 21 des Friedensvertrages Einspruch zu erheben. Die soje interpellierte Rheinlandkommission verlangt seine Freilassung und Zurückstellung nach Wiesbaden. — Nach einer Meldung des „Echo du Rhin“ hatte die interpellierte Rheinlandkommission dem Reichstagsvorsitzenden vorgeschlagen, die Rückkehr des Dr. Dorlen in längster Frist zu veranlassen andererseits jedoch geistliche Sanktionen im Gange.

Die Verhaftung Dorlens

Mainz. 26. Juli. Die Verhaftung Dr. Dorlens hatte sich nach einem Bericht des „Echo du Rhin“ in wenigen Minuten vollzogen. Als Dorlen am Samstag nachmittag um 4 Uhr in Begleitung des Prinzen Isenburg seine Villa in Wiesbaden verlassen wollte, sprangen drei Leute mit gezogenem Revolver auf ihn zu und zwangen ihn in ein bereitstehendes Auto, das alsbald in rasender Fahrt sich entfernte, noch ehe der in seiner Begleitung befindliche Prinz Belegungen hatte um Hilfe zu rufen, und ohne daß der nur wenige Meter entfernt aufgestellte französische Wachtmeister etwas von dem Vorfall bemerkte hatte. Frau Dr. Dorlen unterrichtete alsbald die französische Behörde, aber drei Besuchungen an die Grenzzonen kamen zu spät denn das Auto war bereits vorübergezogen. Die französische Behörde ließ sofort beim Wiesbadener Polizeipräsidenten Protest erheben und ihn um Nachforschungen nach dem Urheber ersuchen. Dieser stellte in höchst Nachforschungen ein, die aber ergebnislos blieben. Später erfuhr man dann, daß die Verhaftung durch deutsche Polizeibeamte aus Frankfurt auf Befehl des Frankfurter Polizeipräsidiums in Verfolg eines Hostiels des Reichsgerichts vorgenommen worden war. Das Auto selbst, in dem die Entführung Dorlens erfolgte, sei das des Frankfurter Polizeipräsidiums gewesen. Die deutsche Polizei behauptete daß Dr. Dorlen nach Leipzig verbracht worden sei; doch nahm man an, daß er in Frankfurt wolle. Außerdem wird dem „Mainzer Anzeiger“ berichtet, daß Dr. Dorlen in Leipzig angelommen sei. Wie das R. T. B. erfuhr ist tatsächlich die Weiterbeförderung Dr. Dorlens nach Leipzig ungefährt vom der Frankfurter Polizei veranlaßt worden.

Polen die rote Brücke der sozialen Revolution?

Ein russischer Jurist sprach teilt mit, daß Trotski auf einem Kongreß der russischen Eisenbahn erklärte habe: „Polen werde bald anführen, ein Aufstand entgegenliegender Pufferstaat zu sein. Es werde die rote Brücke der sozialen Revolution werden. Europa organisiere darum jetzt sieberhaft seine Hilfeleistung für Polen. Darum müsse Russland seine eigenen Anstrengungen verdoppeln und so die Entfernung vor di Tatfrage stellen, daß das Allrussland sie immer vernichtet ist.“

Polnischer Üllers nach Amerika

Das amerikanische Staatsdepartement habe das Schicksal der polnischen Regierung um moralische Unterstützung ernstlich in Erwägung gezogen. Man erwarte, daß die Entscheidung bald erfolgen werde.

Hände weg von Ostpreußen!

Der Befehlshaber des Wehrkreises in Ostpreußen Generalmajor v. Dassel, hat anlässlich der Verhängung des Ausnahmezustandes über Ostpreußen einen Wehrkreisbefehl erlassen, in dem er sagt, daß er in keiner Weise beabsichtige, in den angrenzenden Kreisen einzutragen, aber erwartet, daß die Ruhe und Ordnung in der Provinz nicht in einem Angenässt gestört werde, in dem die Gefahr besteht, daß Banden über unsere Grenzen bringen und unser blühendes Land verheeren. „Wir wollen und werden“, so heißt es weiter, „unsere Frauen und Kinder unsre Arbeit und Heimat schützen. Mit döster- und menschenbeglückender Versuche in- und ausländischer Phantasten bedrohen wir uns Ihnen rufen wie zu: Hände weg von Ostpreußen!“

Werft das Scheusal in die Wolfschlucht!

Die nordwestdeutschen Regierungen für Aufhebung der Zwangswirtschaft

It Oldenburg, 25. Juli. Ministerpräsident Kanzler hatte als Vertreter der oldenburgischen Landesregierung eine Vereinbarung mit dem Reichsnährungsminister, der als Voraussetzung für die Freigabe der Fleischwirtschaft die Sicherung der Brotaufversorgung für das nächste Wirtschaftsjahr bezeichnete. Diese wird nach Ansicht des Reichsnährungsministers möglich sein. Bis Oktober rechnet der Reichsnährungsminister mit einer vorhandenen Menge von zwei Millionen Tonnen aus der Inlandsproduktion und Auslandseinfuhr. Diese Menge würde vorerst genügen zur Sicherheit, daß durch die Freigabe der Vieh- und Fleischwirtschaft nicht soviel Brötewieder verfüllt wird, um die Brotration zu gefährden. Auch die Kartoffelernte verspricht einen bedeutenden Erfolg, so daß die Aufhebung der Kartoffelzwangswirtschaft im August verantwortet werden kann. Auf Grund dieser Voraussetzungen hat die Landesregierung Oldenburg heute Vertreter der Regierungen von Niedersachsen-Schleswig-Holstein, Lippe der Hansestadt Hamburg, Bremen, Südbad. und der Provinzialregierung Schleswig-Holstein eingeladen, um sich über die genannten Punkte schlüssig zu machen. Nach ergebnigem Ausprache handelt die genannten Regierungsvorsteher an den Reichsnährungsminister Telegramme folgenden Inhalts:

„Die Vertreter der oben genannten Landes- und Provinzialregierungen sind übereinstimmend der Ansicht, daß der aus dem Vertragssatz von 20 Mark für den Zentner und den entstehenden Kostenlosten sich ergende Kartoffelpreis für die Verbraucher zu hoch ist und erfordert das Reichsnährungsministerium, die Herabsetzung der Preise durch Vereinbarung mit den Erzeugern oder durch Zuschüsse aus dem Rohstoffkredit an die Städte zu ermöglichen. Nachdem die guten Erwartungen im August sicher zu übersehen sind, wird eine völlige Freigabe der Kartoffelzwangswirtschaft dringend befürwortet unter Auflösung der bisher geltenden Bestimmungen. Ferner erklären sie einmütig ihre Zustimmung zur Aufhebung der Zwangswirtschaft in Vieh und Fleisch zum 1. Dezember dieses Jahres unter den Voraussetzungen, daß die Einfuhr von Futtermitteln, Schlachtwieh und Fleisch aus dem Ausland gleichzeitig frei gegeben und im Inlandserwerb mit Vieh und Fleisch keine Beschränkungen an den Landesgrenzen befreien bleiben oder eingeführt werden. Die Reichsfleischstelle möge bis zur Freigabe der Vieh- und Fleischwirtschaft ausreichende Fleischbeschaffungen herstellen, um damit preisregulierend in Zeiten vorübergehend ungünstigen Angebots wieder zu können.“

Im Regierungsbezirk Cassel wird der Abbau der Preise für alle Arten von Lebensmitteln durch verständiges Zusammenspielen von Erzeugern und Verbrauchern mit gutem Erfolg energisch betrieben. Aus fast allen Kreisen des Regierungsbezirks liegen jetzt Nachrichten über die auf diesem Gebiete erzielten Erfolge vor. Während sich die Bewegung zuerst auf einen Abbau der Fleischpreise erstreckte, ist in den letzten Tagen nach den eingelaufenen Nachrichten in einigen ländlichen Kreisen, so in Gersfeld und Fritzlar, eine erfreuliche Preisentlastung für Milch und Butter eingetreten. In den beiden Orten hat man sich für die Vollmilch auf einen Preis von 120 Mark für den Verbraucher geeinigt. In Gersfeld hat man für ein Pfund Butterbutter 11,50 Mark, in Fritzlar dagegen 14,10 Mark festgesetzt. Zu beachten ist, daß bisher fast durchweg für die im Schleißbanden erworbene Butter mehr als der doppelte Preis gezahlt werden mußte.

Aus Stadt und Kreis

Zehnlein, 27. Juli 1920.

3. Das Gauturmfest in Oberlahnstein rückt immer näher. Die Vorbereitungen sind nahezu abgeschlossen. Nur die Unterbringung der zu erwartenden zahlreichen Turner macht noch Schwierigkeiten. Der festgebogene Verein richtet deshalb an alle Einwohner Oberlahns die Bitte, zur Unterbringung geeignete Räume in weitgehendem Maße zur Verfügung zu stellen. Das Festprogramm hatten wir schon

vor einiger Zeit veröffentlicht, weshalb wir nur noch einmal die wichtigsten Punkte herausgreifen wollen. Der Sonntag abend hebt mit einem Zapfenstreich an. Hieran schließt sich ein Konzert im Turnerhaus. Der Sonntag vormittag bringt die Einzel- und Bergrennenwettkämpfe. Am Nachmittag wird ein Festzug vereinbart, der sich von der Westallee, durch die Hochstraße, Brückebergerstraße, Adolfsstraße, Nordallee zum Jesuitenplatz (Kaiser Wilhelm Platz) bewegt. Auf 3½ Uhr nachmittags ist das Festschwimmen im Hafen angelegt. Der Montag ist dem Schauturnen und der Belustigung gewidmet. Nachdem die Wohnung Oberlahnsteins bereits seit einigen Tagen durch das Gedulde zweier Drehorgeln auf dem Marktplatz erfreut werden wird, wird die Freude durch die noch eintreffenden weiteren Lingelangels, Karussells, Schaubuden usw. wohl eine vollkommen werden.

— Postamt 146. Oberlahnstein. Die Auszahlung der Heeresbezüge für August erfolgt Donnerstag, den 29. Juli, vormittags von 8½—12 Uhr.

— Um 3 Uhr morgens vorzubereiten, sei daraus hingewiesen, daß die in der gestrigen Rummel abgedruckte Bekanntmachung, betr. Rots, nur auf die Stadt Niederaula hinweist.

3. Der Eisenbahnerlohnarbitrat. Das Reichslobkabinett erledigte am Samstag eine umfangreiche Tagessordnung. Unter anderem stimmte das Kabinett dem Entwurf des Reichslohnarbitrates des Eisenbahner im wesentlichen zu. Dabei wurde beschlossen, daß künftig in Verhandlungen wegen Anerkennung des Reichslohnarbitrates nur noch Genehmigung des Kabinetts eingetreten werden darf. Der Reichsverkehrsminister und der Reichspostminister wurden beauftragt, sofort in Verbindung mit den andern beteiligten Kabinetts, namentlich dem Reichsarbeitsministerium, alle Maßnahmen zu prüfen und anzurufen, die dazu führen können, die Betriebe wieder normal zu gestalten. Das Kabinett ermächtigte ferner den Reichsfinanzminister, bei der im Reichsbudgeldungsprojekt vorgesehenen Nachprüfung des Besoldungsordnung Änderungen in Rücksicht auf die in den Besoldungsordnungen der Länder enthaltenen Abweichungen vorzusehen. Der Finanzminister wurde seiner ermächtigt, in Verhandlungen mit dem Reichsrat darüber einzutreten, daß die in den Staatsverträgen für den Rücktritt der vom Reich übernommenen Beamten vorgegebene Frist anderweitig festgesetzt wird.

3. Mittel gegen Maul- und Klauenpest. In der bayrischen Landtagsitzung teilte die Regierung mit, daß die Maul- und Klauenpest in Bayern am Oktobertag einen Verlust von 50 Millionen angerichtet habe. Natürlich habe sich die Rotimpfung mit dem Blut von Stieren erweisen, welche die Seuche bereits überstanden haben. Diese Impfung, bei der es sich um verhältnismäßig nur geringe Mengen Blut handle, sei vollkommen unschädlich. Der Landwirtschaftsminister forderte die Schäfzüchter auf, sich durch Abgabe von Stierblut, für das keine übertrieben hohen Preise gerechnet werden sollen, gegensteigen zu unterdrücken.

3. Zucker und Wermeladeherstellung. Die durch die Presse gegangene Notiz, das Reichswirtschaftsministerium habe trotz der Butterknappheit erst in der letzten Zeit neuerdings eine Million Zentner Zucker der Wermeladenseite überwiesen, hat große Beunruhigung verursacht. Die Reichsjustizstelle hat daraufhin mitgeteilt, daß nicht eine Million, sondern 100 000 Zentner Zucker den Wermeladefabrikanten freigegeben worden seien. Die fabrikmäßige Herstellung von Wermelade könnte nach Ansicht der Reichsjustizstelle um deswillen nicht völlig eingestellt werden, weil die Fabriken noch im Bezug von Ölsäure aus der Ernte 1918 stand, das sie infolge des Buttermangels im Jahre 1919 bisher nicht völlig verarbeitet hatten. (Und das Publikum — ist dieses Ölsäure aus dem Jahre 1918? gäblich weiter. Es werden ja noch viel schöner Dinge gesessen, die uns die segensreiche Zwangswirtschaft aufbewahrt hat. Man sollte einmal all den Angestellten dieser Reichsstellen ihre Wermelade zwangsweise zum Essen vorsezgen! — D. Schrift.)

3. Die Freiheit der Person. Der Unterrichtsminister hat auf einen Bericht erwidert, daß die Freiheit der Person in den Grundrechten der Reichsverfassung steht, diese Grundrechte aber noch der Ausführung bedürfen. Bis dahin seien sie im wesentlichen nur Rechtsnorm für die Gesetzgebung. Wer die Grundlage der Personalfreiheit ausführen will, darf noch dahin. Einwohner verbleibe es bei dem bisherigen Rechtszustand,

3. Neue Amtsbezeichnung. Den hauptamtlichen Kreishauptleitern ist die Amtsbezeichnung Kreishauptmann beigelegt worden.

3. Ein numerus clausus für Oberlehrer? In Braunschweig können in Zukunft höchstens 450 Stellen im Oberlehrerstand besetzt werden, wenn durch die Einheitsschule oder durch Volksabstimmung in den abtretenden Gebieten die Zahl nicht noch vergrößert wird. Nun waren aber bereits aus den abgetretenen Gebieten 450 und aus Elsass-Lothringen 109 Oberlehrer auf Anstellung. Außerdem stehen 4 bis 500 Studienstellen und reserviert werden bereits zur Verfügung; 15 000 junge Leute studieren Schulwissenschaften, bilden also noch eine unzureichende Reserve. Diese Zustände drängen zu einer Beschränkung des Zugangs zur Oberlehrerausbildung überhaupt aus Überlehrerkreisen vor, daher vor einiger Zeit ein entsprechender Vorschlag gemacht worden. Wie jetzt gemeldet wird, haben auch die Behörden sich auf den Standpunkt gestellt, daß derartige Maßnahmen unvermeidlich seien.

Braunschweig, 27. Juli 1920.

en; Eine Musterberatungsstunde findet am 29. Juli, nachmittags 1 Uhr in der Kleinkinderschule statt. (Siehe Bekanntmachung.)

St. Goershausen, 27. Juli 1920.

“Eine Besprechung über die Milchversorgung findet heute in St. Goershausen im Landratsamt statt. Eine Einladung zu der Sitzung ist uns nicht zugegangen.

Von der Schule

Zwei neue Klasse des Herrn Kultusministers

Von Sachmannscher Seite erhält die „Obstig.“ folgende Zuschrift:

„Der Kultusminister haenisch ließ fürlich den Schülern zwei Besichtigungen zugelassen, deren Schattentafeln er jedenfalls nicht in Erwähnung geogen hat. Zunächst ordnete Herr Haenisch an, daß jeden Monat mit jeder Klasse eine Tagessitzung unternommen werden soll. Die Vorteile einer solchen sollen genug nicht verkannt werden. Wenn aber die Kinder einen ganzen Tag draußen in Freien und in steter Bewegung sind, so regt sich bei ihnen auch der Appetit in besonders starkem Maße. Und was gibt man dem Kind, womit es während des ganzen Tages seinen Hunger stillen soll? Es liegt doch jedenfalls nicht im Sinne des Ministerial-Klasses, daß man bei den heutigen Preisen draußen einschreiten soll? Woher aber bei einer zahlreichen Familie und bei der großen Brotdropigkeit die nötigen „Butterbrote“ für den ganzen Tag beschaffen? Und mit dem Brot allein ist auch noch nicht gedeckt, es gehört noch mehr dazu: Butter, Käse, Wurst, Eier oder was es sonst noch sein mag. Woher das beschaffen? Für Wohlabende und Kriegsgewinntler mag das ein Leichtes sein, aber die meisten Kinder gehören den ärmeren Ständen an. Sollen diese etwa hungern oder an ihrem trostlosen Städtchen Schwarzbrot herumknabbern und zuschauen, wie ihre besser situierten Mitschüler in allen möglichen Bedürfnissen schwelgen? Man muß das einmal selbst miterleben und beobachtet haben.“

Eine zweite Besichtigung vertritt in noch höherem Maße als bisher die förmliche Züchtigung. Wir sind gewiß die letzten, die dem Staat in der Schule das Wort reden; ob er aber bei Knaben in der heutigen Zeit ganz entbehrt werden kann, ist eine andere Frage. Jede vernünftige Lehrperson wird die förmliche Züchtigung als das lezte und äußerste Mittel anwenden. Aber heute, wo so mancher Knabe die strenge Hand des Vaters während des Krieges jahrelang entbehrt oder ganz verloren hat, bleibt oft kein anderes Mittel übrig. Täuschen wir uns doch nicht über die heranwachsende Generation, bei der vielleicht jedes Autoritäts- und Züchtigungsgefühl erloschen ist, und übertriebe man in dieser ersten Zeit die Humanitätsduselei nicht. Wir wollen doch auf allen Gebieten wieder normale Verhältnisse erzielen. Wer in der Praxis steht, hat doch wohl recht oft Gelegenheit, zu hören, wie so manche alleinlebende Mutter und nicht selten sogar auch der Vater über den Mangel an färmlichem Gehörn, Replett und jeglicher Erfahrung klagen. Wer die Jugend hat, hat die Zukunft, und wenn wir wieder ein förmlich und gesittigt-still gefundenes Geschlecht heranzubilden wollen, welches Lust und Liebe zur Arbeit und Pflicht hat, Gehörn und Autodidakt kennt, so dürfen wir bei der heutigen Verrottung und Plüschergesellschaft vor seinem Mittel zurücktreten, im Notfalle auch nicht vor der förmlichen Strafe.“

den Kommerzienten. „Wünschen auch Sie, verehrtes Herr Schmiedevater, daß ich das Zimmer verlasse?“

„Ich bitte Sie darum.“

Der älterliche Wiene verließ Ströbing das Gemach. Er wäre gar zu neu dabei geblieben, Helmut aber atmete erleichtert auf, als die Tür hinter dem Rechtsanwalt schloß. Dann trat er zu seinem Vater.

„Berge, aber ich möchte dich bitten, nicht allzu streng mit Leonore ins Gericht zu gehen. Sie glaubte, nicht gegen deine Vorschriften zu verstößen, als sie Herrn Grabl empfing. Leonore ist eine sehr sensibl Natur. Jeder Vorwurf, den man ihr macht, wird von ihr schwer empfunden. Du weißt daher versteht, daß ich ihr Unannehmlichkeiten nach Kräften ersparen möchte.“

„Diese Unannehmlichkeit bereitet sie sich selbst. Ich werde mit Leonore reden, wie ich es für gut halte.“

Ein Zudem lief über Helmut's Zunge. „Leonore hat mit meiner Einwilligung gehandelt. Ich bitte dich daher zu bedenken, daß du mich selbst in eine äußerst peinliche Situation bringst. Nicht mit Unrecht wird meine Frau mich zum Schutz gegen Unannehmlichkeiten aus deinem Mund anrufen.“

„Ach — und?“

„Soll sie umsonst um meinen Beistand ziehen? Als meine Gottin?“

„Das heißt also, du willst ihr Tun bekräftigen?“

„Es steht mir, als deinem Sohn, nicht zu, deine Handlungen zu kritisieren. Nur bitten wollte ich dich, Rückicht auf meine Frau zu nehmen.“

„Hat Leonore jemals Rücksichten auf dich genommen? Seit wann schlägt mein Sohn sich öffentlich in seine feindliche Lager?“

„In diesem Ernst schlägt Helmut auf. „Ich habe niemals bemerkt, daß Leonore, als meine Gottin, dem Haufe Longer feindlich gesinnt war.“

Der Rechtsanwalt warf einen fragenden Blick auf

Der Sonne entgegen

Roman von Magda Trott.

34) Fortsetzung. In kurzen knappen Worten wiedergab der Kommerzient war ihm von Doktor Ströbbing soeben Besichtigt worden.

„Und die Besuchs erfolgten mit deiner Zustimmung?“ „Ja.“

„Welche wichtigen Dinge hat Herr Grabl mit deiner Gottin wohl zu verhandeln?“

„Leonore ist von früher her mit Herrn Grabl befreundet. Ihre Gedanken weilen gern in der Vergangenheit.“

„Ich habe dir bereits einmal gesagt, daß es die erste Pflicht deiner Gottin ist, der Segenwelt ihre Aufmerksamkeit zu schenken und die Verhängnis zu vergessen. Leonore ist jetzt in unsere Kreise verpflanzt, sie hat es also nicht mehr nötig, Erinnerungen zu suchen, die für sie, als verarmte Gräfin, vielleicht nicht gerade angenehme Rütteln sein können. Ich würde also, daß du ihr diese intimen Besuche untersagst.“

„Dort du mich nicht verstanden, Helmut? Ich wünsche, daß du Leonore diese Besuchs untersagst.“

Schweigend verzogte sich der Sohn. „Dort“ war mir Wünsche für mich, Vater?“

„Nein, nur den einen, den ich die soeben mit allem Respekt aus Herz legte. Im übrigen steht es mir ganz gut zu sein, wenn ich selbst mit Leonore darüber rede.“

Das Antlitz Helmut's verschattete sich. Seine Ge-

danken gingen weit zurück. Sechs Jahre waren es gerade gewesen, daß er Leonore aus ihrer Vaterstadt Wien heimgeholte, in sein Reich. Sie war ihm genau gefolgt, glaubte sie doch, daß hinter der ruhigen Stirn des Gatten das Feuer der Leidenschaft brannte. Aber schon nach kurzer Zeit bemerkte Helmut, daß sich Leonore in seinem Kreis nicht eingemöhnen konnte. Sie ließ ihn anfangs darüber, daß sie kein Interesse bei den Freunden bei den Seinen fände. Schließlich verlangte sie von dem Gatten, er möge sich etwas mehr von seiner Familie entfernen, damit er mehr der Gattin gehöre. Berücksichtigt hatte Helmut des kleinen Verlangens zurückgewiesen und Leonore immer eindringlicher ersucht, sich mehr dem Vater zu fügen. Da war es von ihrer Seite zu einer heftigen Auseinandersetzung gekommen.

Auch

Gemeinde Bekanntmachungen

Bekanntmachung
Die nächste Wetterberatungsfahne findet in Braubach am Donnerstag, den 29. Juli, nachmittags 1 Uhr in der Kleinkinderschule statt.
St. Goarshausen, 26. Juli 1920.
Der Landrat. J. B. Schürling

Bekanntmachung

Margarine

1/4 Pf. pro Person auf Nr. 52 der Lebensmittelkarte.

Hülsenfrüchte

1/2 Pf. pro Person auf Nr. 53 der Lebensmittelkarte werden am Mittwoch, den 28. da. Mts. ausgegeben.

Oberlahnstein, den 27. Juli 1920.

Der Magistrat.

Die französische Belehrungsbehörde macht wiederholte darauf aufmerksam, daß der Verkauf von Alkohol an Militärpersonen streng unterlagt und daß strenge Maßnahmen gegen diejenigen Verkäufer ergriffen werden, die sich diesbezüglich etwas zu Schulden kommen lassen.

Oberlahnstein, den 26. Juli 1920.

Die Polizeiverwaltung:

J. B. Föhr, Beigeordneter.

Bekanntmachung

Kohlen

Am Mittwoch, den 28. Juli 1920 werden in der Zeit von 9-12½ Uhr vormittags

Kohlenbezugscheine f. d. Buchstaben A ausgeteilt und finden andere Buchstaben keine Verwendung.

Am Eisenbahn mit eigenem Handel werden ebenfalls keine Bezugscheine abgegeben. Bedenktälerkarten sind mitzubringen.

Ortskohlenstelle Oberlahnstein.

Bekanntmachung

Es können Bestellungen auf

Eichen-, Buchen- und Lärchen-Knäppel (sofern sie) auf Ösenlänge geschnitten, prima trockene Ware gemacht werden und zwar nur bis

Samstag, den 31. Juli 1920.

Es empfiehlt sich von dem Angebot Gebrauch zu machen, da für den kommenden Winter keine Versorgung der Holzknäppel zu erwarten ist.

Verkaufspreis pro Zentner 15 50 Mark.

Die Ortskohlenstelle ist geöffnet von 8-12½ Uhr.

Ortskohlenstelle Oberlahnstein.

Holzversteigerung.

Am Mittwoch, den 28. Juli er., nachmittags 2 Uhr

kommen im hiesigen Stadttheater (District 18 Log.)

24 Rm. Eichen-Schichtnutholz (2.40 m lang), 6 Rm. Eichenscheit, 166 Rm. Eichenlobdknäppel, 55 Rm. Eichenscheiterknäppel, 2 Rm. Kiefernknäppel.

zur Versteigerung.

Sammelplatz am Rathaus um 1½ Uhr nachm.

Zu der Versteigerung werden nur Ortsangehörige zugelassen. Das angekündigte Holz darf keineswegs nach auswärts abgegeben werden. Der Ansteiger unterwirft sich einer Haftstrafe von 1000.- Mk. für jedes Raummetre, das nach auswärts ausgeführt wird.

Niederlahnstein, den 23. Juli 1920.

Der Magistrat: Röhr.

Bekanntmachung

Am Mittwoch, den 28. Juli er., nachmittags 6 Uhr

findet eine Übung der Pflichtfeuerwehr 1. Zug, sowie der Freiwilligen Feuerwehr statt. Antreten am Sporthaus.

Befreiung von der Übung tritt nur ein, wenn bescheinigte Krankheit, plötzlich eintretende Familienvorstände das Fehlen bei der Übung begründen.

Diesbezügliche Gesuche sind schriftlich oder zu Protokoll bei dem Brandmeister anzubringen.

Niederlahnstein, den 25. Juli 1920.

Geschenk: Die Polizeiverwaltung.

Der Ortsbrandmeister: Voß.

Bekanntmachung.

Im Handelsregister B ist bei der unter Nr. 4 eingetragenen Aktiengesellschaft der Löhhuber-Germschle heute eingetragen worden:

Durch Generalversammlung beschluß vom 8. 4. 16 findet für ein verstorbene Aufsichtsratsmitglied keine Neuwahl statt, so daß der Aufsichtsrat aus 7 Mitgliedern besteht.

Durch Generalversammlung beschluß vom 25. 3. 20 sind die §§ 13, 15 und 23 der Satzungen geändert worden.

Durch Beschluß der Generalversammlung vom 4. 6. 1920 ist das Grundkapital um 300 000 Mk. erhöht durch Ausgabe von 250 Stk. Aktien II. Gattung zu je 1200 Mk.

Der Beschluß der Generalversammlung vom 4. 6. 20 hat die §§ 4, 6, 18 und 27 der Satzungen geändert. Sie auf den Inhaber lautenden Aktien II. Gattung haben gegenüber den bisherigen Aktien I. Gattung den Vorzug, daß sie

a) vorab einen Gewinnanteil von 6 Prozent ihres Nennwertes erhalten. Reicht der Gewinn eines Jahres zur Zahlung dieses Gewinnanteils nicht aus, so ist insoweit der Gewinnanteil aus dem Reingewinne der nächstfolgenden Jahre vorweg zu zählen, zugleich etwa fälliger rückläufiger Binnen bis zum Tage der Rückzahlung. Den Rest des verbleibenden Reingewinns erhalten die Aktien I. Gattung.

b) Im Falle der Auflösung der Gesellschaft erhalten die Aktien II. Gattung vorab 100 Prozent ihres Nennwertes, außerdem die etwa rückläufigen Gewinnanteile aus früheren Jahren sowie 6 Proz. des Nennwertes für jedes Jahr seit Beginn des Geschäftsjahrs, auf welches infolge der Auflösung eine Verteilung vom Reingewinn nicht mehr erfolgen konnte. Den Rest des Geschäftsjahrs vermögen erhalten die Aktien I. Gattung.

c) Die Aktien II. Gattung werden nach 15 Jahren eingezogen. Die Einziehung erfolgt zum Kurs von 100 Prozent zusätzlich 6 Prozent des Nennwertes seit dem Schluss des Geschäftsjahrs, für das die einzuziehenden Aktien noch am Gewinn teilnehmen.

Die Erhöhung des Aktienkapitals ist durchgeführt. Die Ausgabe der neuen Aktien II. Gattung erfolgt zum Nennwert.

Niederlahnstein, den 16. Juli 1920.
Amtsgericht.

Statt Karten.

William Bolling
Sybilla Bolling
geb. Struth.

Vermählte.

5293

Gerogiana geb. U. S. A., Oberlahnstein,
den 24. Juli 1920.

Die Geburt eines
Stammhalters

zeigen an

Dr. S. Stamm und Frau
Mia geb. Gross.

St. Goarshausen, 26. Juli 1920.
5293

Zur Einmachzeit
empfiehle ich mein reichhaltiges Lager in
Einmachtopfen

und -Ständern
Georg Klein, Inh.: Carl Colonius, WIW.,
St. Goarshausen, Telefon 3.

Rudolf Pillen
— COBLENZ —

Schlossstrasse 51. Fernruf 215.

Rheinstrasse 20. Fernruf 637.

Bleibende Erinnerungen schafft man sich und seinen Angehörigen durch die Anschaffung eines Photo-Apparates

Photo-Sport-Haus

Rudolf Pillen

— COBLENZ —

Schlossstrasse 51. Fernruf 215.

Rheinstrasse 20. Fernruf 637.

Bleibende Erinnerungen schafft man sich und seinen Angehörigen durch die Anschaffung eines Photo-Apparates

Alle Herrenanzüge u. Überzieher

werden wie neu durch

chemische Reinigung

in der 5208

Färberei Bayer, Oberlahnstein, Kirchstrasse 4

Chlorkalk

bestes Desinfektionsmittel gegen Maul- u.

Klavenseuche wieder eingetroffen bei

Chr. Wieghardt, Braubach

Gegen Geschwüre aller Art, eitende Wunden

Karunkel, Flecken, Haarsäckchen, Schnittwunden, Hämorrhoiden usw., hilft das stets bewährte Haarmittel

Radermachers-Salbe

Dose 4 Mark, zu haben indem Apotheken, oder durch

den Hersteller K. Radermacher-Löth. Bonn

Dirndlkleider

die praktische Mode für Kinder u. Erwachsene.

Dirndlstoffe in Waschmusseline, Katunne, Satins,

in hübschen Mustern u. frischen Farben

in schwarz und farbig in allen

Größen vorrätig.

sehr Bedeutend ermäßigte Preise.

H. C. Stammer, Boppard.

Neue Fahrräder

Große Auswahl in
Mänteln und
Schläuchen
sowie sämtliche
Ursatz- und Zu-
behörteile für
Fahrräder ein-
getroffen und empfiehlt billigst

F. P. Ernst Theis

Fruhmesserstrasse 15 Fernruf 126.

Achtung! Achtung!

GROSSE

Lotterie

des Vaterländischen

Frauen-Vereins

Ziehung: 18 und

19. August 1920

Gewinnkapital:

100 000 Mark

50 000 "

10 000 "

5 000 usw.

Lose versendet in

jeder Anzahl, auch

gegen Nachnahme,

zum Preis von Mk.

3.60 der Vertrieb von

H. J. Pörsch

Hamburg 33.

Sommer-Anzüge,

Sommer-Juppen,

in Herren- Burschen- u. Knaben-Größen,
empfiehlt billigst

Wilh. Dürselen, Inh. Wilh. Rohe, St. Goarshausen

Weinbrand-Cognac***

Marke „Anker“

aus feinstem Weindestillat in Deutschland
hergestellt. 38 40 %

Zu haben bei

Witwe Ludw. Kessler

Oberlahnstein, gegenüber der kath. Kirche

Frauen

gebräuchlich bei Regen-
stern und Stocking
meine auch in den hart
nächtesten Fällen sicher
wirkende Sockalmitt.

Bestellen Sie meine un-
schädlichen Mittel, mit Garan-
tiegeschloß.

Bestellen Sie meine un-
schädlichen Mittel, mit Garan-
tiegeschloß.

Bestellen Sie meine un-
schädlichen Mittel, mit Garan-
tiegeschloß.

Bestellen Sie meine un-
schädlichen Mittel, mit Garan-
tiegeschloß.

Bestellen Sie meine un-
schädlichen Mittel, mit Garan-
tiegeschloß.

Bestellen Sie meine un-
schädlichen Mittel, mit Garan-
tiegeschloß.

Bestellen Sie meine un-
schädlichen Mittel, mit Garan-
tiegeschloß.

Bestellen Sie meine un-
schädlichen Mittel, mit Garan-
tiegeschloß.

Bestellen Sie meine un-
schädlichen Mittel, mit Garan-
tiegeschloß.

Bestellen Sie meine un-
schädlichen Mittel, mit Garan-
tiegeschloß.

Bestellen Sie meine un-
schädlichen Mittel, mit Garan-
tiegeschloß.